

# Riesaer Tageblatt

Dreitägliche  
Tageblatt Riesa.  
Gewerbe Nr. 20.  
Sektor Nr. 22.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliches bestimmtes Blatt.

Wochentliches  
Dresden 1580.  
Großstraße  
Riesa Nr. 52.

Nr. 75.

Sonnabend, 29. März 1930, abends.

83. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufstellung; für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voro zu bezahlen; eine Gewähr für das Er scheinen an bestimmten Tagen und Tagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Ziffern) 20 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Nullamalgemele 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, Beste Tarife. Gewilligte Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Urtägliche Unterhaltungsbeiträge keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Die Regierungskrise noch nicht behoben.

Alle bisher verbreiteten Kombinationen gescheitert?

### Können Neuwahlen helfen?

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Die Regierungskrise und die Gründe, die sie herbeigeführt haben, lassen die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages und daraus sich ergebender Neuwahlen zwar nicht in unmittelbarer Nähe, aber doch immerhin in politischer Sichtweite austauschen. Diese Frage wird deswegen auch heute schon in parlamentarischen und politischen Kreisen lebhaft erörtert, obwohl man aus Erfahrung weiß, dass die Parteien und Fraktionen sich mit dem Gedanken von Neuwahlen aus unabdingenden Gründen nicht sehr gern vertraut machen: die ersten beschwagen, weil jede Neuwahl gewissermaßen einen Sprung ins Dunkle und für manchen Abgeordneten das Zurücktreten in den Schatten und in die Bedeutungslosigkeit eines mandatlosen Staatsbürgers darstellen kann, die Parteiorganisationen aber sind im allgemeinen gegen Neuwahlen gespielt, weil diese viel Geld kosten und eine ungewöhnliche Ausspannung aller persönlichen und finanziellen Kräfte mit sich bringen. Diese Bedenken werden gewöhnlich nur dann zurückgestellt und machen einer Freiheitlichkeit zu Neuwahlen Platz, wenn eine Partei aus den politischen Zeitumständen schließen zu dürfen glaubt, dass die Neuwahl einen großen Erfolg für sie bringt, einen entscheidenden Mithergang für den hauptsächlichsten politischen Gegner bringen werde.

Diese Frage ist es denn auch, die angesichts der Ereignisse von Neuwahlen unter Parteiführern und in Parteidämmen erörtert und mit dem Rechenschaftsführer besprochen wird. Im allgemeinen wird das politische Problem so aufgelistet, dass im Vordergrund die Frage steht, ob es möglich ist, bei Neuwahlen den starken Einfluss der Partei zu brechen, welche die jetzige Krise verschuldet und durch ihr letztes harres Reich die Mehrheitskoalition der Regierung gesprengt hat. Es ist dies die Sozialdemokratie, die bei den Wahlen 1928 so bedeutende Vorteile errungen hatte, dass sie in den letzten zwei Jahren das Gesicht der Reichspolitik entscheidend beeinflusst durfte. Es ist kein Zweifel, dass sie dieses Übergewicht nicht so massiv und lang eingeholt hat, wie sie dies mit Stolz auf den Charakter einer Koalitionsregierung erachtet hätte tun müssen. Daraus ist in zunehmendem Maße bei den bürgerlichen Koalitionsparteien, also nicht nur bei der Deutschen Volkspartei, die ja von vornherein mit großen Bedenken in die sozialdemokratisch geführte Regierung ging, eine Koalitionsverdrossenheit entstanden, die sich bei den letzten Schwierigkeiten in der Frage der Finanzreform und Arbeitslosenversicherung auf allgemeine Überzeugung bezieht, dass diese wichtigen Aufgaben der Reichspolitik mit der Sozialdemokratie in ihrer jetzigen Stärke schlechtin nicht zu lösen seien. Der gemeinsame Wunsch der bürgerlichen Mitte muss es also sein, die Sozialdemokratie in Neuwahlen zu schlagen oder wenigstens soweit zu schwächen, dass sie in einer eventuellen späteren Koalition an brauchbaren Kompromissen bereit erscheint. Für die Möglichkeit eines solchen Erfolges sprechen manche Überlegungen: zunächst hat die Sozialdemokratie die Nachteile jeder Partei zu verfolgen, die längere Zeit verantwortliche Regierungspolitik machen musste, d. h. viele ihrer Anhänger oder Wähler sind enttäuscht und werden ihr bei Neuwahlen den Rücken lehnen. Ihren Erfolg vor zwei Jahren verhinderte sie in vor allem dem Ablauf weiteren Schichten, die mit der langjährigen Reichsregierung unzufrieden waren und eine Neuorientierung nach links verlangten. Schon dieser Umstand allein macht es wahrscheinlich, dass die Sozialdemokratie einen Teil der damals neu gewonnenen Stütze wieder verliert. Dieser normale Verlust könnte sich noch verstetigen, wenn die Parole der etwaigen Neuwahl für die Sozialdemokratie besonders ungünstig wäre. Das rein soziale Moment der Arbeitslosenfrage wirkt zwar einigend auf die Arbeiterschichten, welche durch die zunehmenden Lasten des sozialen Wohlfahrtsstaates und besonders durch die Auswirkungen dieses Systems zunehmend verärgert sind. Diese beiden Momente würden sich also bei Neuwahlen ungefähr ausgleichen. Zweifellos eine Schwächung aber würde die Sozialdemokratie erfahren durch Abgabe von Wählern an radikalisierten politischen Erscheinungen der Kommunisten, aber auch der Nationalsozialisten, die in manchen Gegenden doch erheblichen Eingang in Arbeiterschichten gefunden haben. Unbedeutende Voraussetzung einer Schwächung der Sozialdemokratie aber ist ein stärkeres Zusammenrücken der bürgerlichen Parteien der Mitte, vor allem der Demokraten und der Volkspartei, und es werden im Hinblick auf die Möglichkeit von Neuwahlen wohl schon in nächster Zeit Versprechungen über eine gemeinsame Aktion eingeleitet werden. Nur wenn es gelingt, mit einer Schwächung der Sozialdemokratie eine parlamentarische Sichtung der bürgerlichen Mitte zu erreichen, kann aus Neuwahlen ein bef-

### Dr. Brünings Bemühungen um die Kabinettbildung.

#### Die Lage am Freitagabend.

(Berlin, 28. März.) Am Ende der langen Reihe der Besprechungen, die Dr. Brüning den ganzen Tag über mit Abgeordneten der Mittelparteien hatte, empfing er gegen 1/2 Uhr abends noch einmal Herrn Schiele. Man hatte angenommen, dass Schiele die Antwort auf die Frage mitbringen würde, ob er bereit sei, in das Kabinett einzutreten. Er hat seine grundlegende Bereitschaft erklärt, aber hinzugefügt, dass sie nur für seine eigene Partei ginge. Damit sind die Hoffnungen der Mittelparteien auf einen starken Zuwachs aus den Reihen der Deutschen Nationalen nicht in Erfüllung gegangen. Allerdings nimmt man auch jetzt noch an, dass die Freunde des Herrn Schiele nicht gegen ihn stimmen würden. Außerdem hat Schiele zwei Garantien verlangt, erstens dafür, dass er auch wirklich die Möglichkeit habe, sein Agrarprogramm durchzusetzen, und zweitens, dass Dr. Brüning sein außenpolitisch Gesicht dem Okten anwende. Auf diese zweite Forderung ist wohl das Gericht zufriedenzuführen, Herr Schiele habe erklärt, er sei in der Lage, mit Dr. Curtius zusammenzuarbeiten. Er hat diese Behauptung der Deutschen Volkspartei gegenüber entschieden bestritten. Man kann nun annehmen, dass Dr. Brüning am Sonnabend vormittag die tatsächlichen Unterlagen für die Agrar- und die Ostpolitik seines Kabinetts klar und dass namentlich die Ostpolitik zwischen Herrn Schiele und dem Reichsbauernminister Dr. Curtius besprochen werden wird.

Damit hat allerdings der erste Tag der Verhandlungen Dr. Brünings noch nicht zu einem Abschluss geführt. Neben der Haftschwierigkeit, die mit dem Namen Schiele zusammenhängt, scheinen auch im Zentrum noch Streitmängel gegen Dr. Curtius zu bestehen.

Dr. Schleske hat Herrn Brüning aber auf das bestimmte erklärt, dass die Deutsche Volkspartei an ihren beiden bisherigen Ministern festhält, und zwar den Personen wie den Kämpfern nach. Dr. Brüning hat dem Führer der Deutschen Volkspartei auch noch den Posten des Bismarck-Loeb angeboten.

Die Wirtschaftspartei hat sich nur unter der Bedingung bereiterklärt, Dr. Brecht für den Posten des Justizministers zur Verfügung zu stellen, dass Herr Schiele mindestens.

Für das Reichsbauministerium kam in den Abendstunden der bisherige Reichswehrminister Siegerwald als sicher. Später verlautete aber, dass Herr Siegerwald abgelehnt wurde.

Dr. Dietrich wird dem neuen Kabinett aller Wahrscheinlichkeit nach wieder angehören. Man nennt ihn für das Verkehrs- und für das Reichswirtschaftsministerium.

Ferner ist die Frage, in welcher Form die Christ- und Arbeitsgemeinschaft im Kabinett vertreten sein wird, noch keineswegs beantwortet, wie überhaupt alle Ministerposten, die in Form von Berichten im Reichstag herumgereicht werden, als Kombinationen zu erwarten sind.

Die Aussichten der Bemühungen Dr. Brünings werden auch weiterhin optimistisch bewertet, wenn man auch am Ende des ersten Tages feststellen muss, dass sich mehr soziale und personelle Schwierigkeiten gezeigt haben, als in politischen Kreisen heute früh noch erwartet wurde.

#### Die heutigen Besprechungen.

(Berlin, (Montagmittag 12.30 Uhr.) Im Reichstag wurden heute vormittag die Besprechungen des Abgeordneten Brüning und die Verhandlungen der beteiligten Fraktionen untereinander wegen der Bildung der neuen Regierung fortgesetzt. Die Volkskonservative Frak-

tions Gleichgewicht der sozialen und wirtschaftlichen Kräfte herbeigeführt werden.

In den Spekulationen und Berechnungen spielt natürlich die künftige Gestaltung der bisherigen deutschnationalen Opposition eine große Rolle. Das die Spaltung dieser Partei in eine unbedingte Opposition unter Führung Quandts und in eine zwar konserватive, aber staatsbejahende und zur Macht bereite Partei psychologisch längst vorausgesetzte und somit aussichtslose. In Neuwahlen würde sich dies entscheidend zugunsten eines stärkeren positiven Einflusses des Bürgertums gestalten müssen, wenn sich an dem jetzt als bildenden Kabinett bereits eine Kerngruppe dieser künftigen Partei befindet. Als schwerste Gegenwart überdrachten

sion wurde in den frühen Vormittagsstunden zu einer Sitzung zusammenberufen. Der Reichsbauernminister, der heute früh aus Vucaro aufgerufen ist, hat bereits mit den Abgeordneten seiner Fraktion und mit dem Abgeordneten Dr. Brüning Besprechungen gehabt. Im Moment werden die Aussichten für eine baldige Lösung der Krise nicht gänzlich bestreit. Alle gestern abend verbreiteten Kombinationen sollen inzwischen gescheitert sein. Der Eintritt Schieles in das neue Kabinett gilt nicht als sicher, weil seine agrarpolitischen Bedingungen nicht erfüllt seien. Wenn er nicht eintritt, will auch die Wirtschaftspartei nicht durch ein Mitglied am Kabinett beteiligt sein. Doch Abgeordneter Schleske als Bismarck in das Kabinett eintritt, gilt keineswegs als sicher. Eine solche Ernennung des Kabinetts würde wesentlich von der kürzlichen Befreiung abhängen. Im Augenblick findet eine Besprechung Dr. Brünings mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Breitfeld statt.

#### Dr. Brüning in Schwierigkeiten.

(Berlin, (Montagvormittag,) Nach dem Verlauf, den die Verhandlungen Dr. Brünings heute vormittag genommen haben, ist das Stimmungsbarometer für die Aussichten seiner Bemühungen um die Kabinettbildung stark gesunken. Im Reichstag wird die Situation ganz allgemein recht ungünstig bewertet, da sich die Schwierigkeiten, die sich bereits gestern abend abzeichneten, noch verstärkt haben. Das liegt vor allem an dem Programm, das Schiele vors gelegt hat und das auch dem Zentrum zu weit geht. Ob die Unterredung, die im Laufe des Vormittags zwischen Dr. Curtius und Schiele stattfand, eine Annäherung ergeben hat, ist in der Mittagsstunde noch nicht festzustellen. Auf jeden Fall hat sich die Aussicht für die Einbeziehung Schieles in die Koalition recht vermindert. Im gewerkschaftlichen Teil des Zentrums scheint man auch ein großes Gewicht mehr auf Schiele zu legen, da die Hoffnungen, dass er eine größere Gruppe der deutschnationalen Fraktion mitbringen würde, durch die eigenen Erklärungen Schieles schwer enttäuscht wurden. Im Reichstag spricht man unter diesen Umständen bereits davon, dass Dr. Brüning sich gewonnen sehen dürfe, die Basis seines Kabinetts zu verschmähen und eine bürgerliche Regierung der Mitte zu bilden, die sich auf das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, die Demokraten, die Baerische Volkspartei und vielleicht die Volksvereinigte Partei erstrecken würde. Die Wirtschaftspartei könnte dabei auch in Betracht, da Dr. Brecht seine Forderung von der Einbeziehung Schieles abhängig gemacht hat. Eine solche Regierung der Mitte wäre ein absolutes Minderheitskabinett, das sich im günstigsten Falle auf etwa 170 sichere Stimmen stützen könnte.

Die Schwierigkeiten sind noch vermehrt worden, da Dr. Breitfeld als Führer der soz. Reichstagsfraktion Dr. Brüning heute mittag eine wesentlich härtere Oppositionstellung des Sozialdemokraten angeklagt hat, als man nach seiner gestrigen Unterhaltung mit dem Beauftragten des Reichspräsidenten annehmen konnte. Dr. Breitfeld hat heute nicht nur von sozialer Opposition gesprochen, sondern auch ein soz. Minderheitsvotum im bestimmten Ausmaß gestellt. In sozialistischen Kreisen stellt man unter Himmel dieses Minderheitsvotum sogar die Wahlung des Reichstages für die kommende Woche in Aussicht.

Ob die Dinge sich in Wirklichkeit so ungünstig um Dr. Brüning weiter entwickeln werden, wie es im Augenblick den Eindruck macht, muss natürlich abgewartet werden. Vorläufig ist aber noch nicht zu erkennen, woher eine Bewegung zum Besseren kommen soll.

Die an sich nicht ungünstigen Prognosen die Aussichten der kommunistischen und nationalsozialistischen Flügelparteien des Reichstags begrenzen muss. Da diese beiden Parteien sich jedoch mit der Sozialdemokratie kaum zu einer geschlossenen Opposition vereinigen können, in man geneigt, ihr Anwachsen mehr für eine Unbereuemlichkeit, als für ein entscheidendes Hindernis bei der Bildung einer künftigen festen Koalition zu betrachten. Die Unzertess der kommunistischen und nationalsozialistischen Flügelparteien des Reichstags gelingt machen, wenn sich an dem jetzt als bildenden Kabinett bereits eine Kerngruppe dieser künftigen Partei befindet. Als schwerste Gegenwart überdrachten